(Beifall bei der PDS/Linke Liste – Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Höchst schwach!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Wolfgang Mischnick das Wort.

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles zum Ausdruck gebracht worden, was von uns allen gleich gesehen wird: Erfahrungswerte, Notwendigkeiten. Ich will mich bemühen, ein paar Gesichtspunkte anzufügen, die ergänzend auf einiges hinweisen sollen.

Ich bin in letzter Zeit sehr viel von Ausländern gefragt worden: Wie war es eigentlich möglich, daß es nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur so lange gedauert hat, bis in dem, was die DDR war, der entsprechende Widerstand zur Beseitigung des Systems führte? Es sollte eine wichtige Aufgabe der Kommission sein, auch die Gesamtzusammenhänge aus den letzten 40, 45 Jahren mit sichtbar zu machen. Wir müssen uns davor hüten, daß die Kommission in erster Linie oder ausschließlich den innenpolitischen Teil – den ich für den wichtigsten halte – betrachtet. Sie muß sich vielmehr darüber im klaren sein, daß das Ergebnis dieser Enquete-Kommission auch international gesehen und beachtet wird. Das bedeutet für mich nicht, daß die Kommission nun bis in die letzte Einzelheit hinein alles, was in der Vergangenheit geschehen ist, auch entsprechend aufarbeiten muß. Aber es muß sichtbar werden, welche internationalen Zusammenhänge mit der nationalen Entwicklung verbunden waren. Dazu lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen. Dann wird nämlich auch die Bemerkung, die wir eben hörten, daß wir bei dieser ganzen Arbeit von Moral und Autorität der Siegermächte bestimmt seien, in sich zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß wir 1945 beginnen müssen, mit den vier Besatzungszonen und ihren unterschiedlichen Entwicklungen. Wir müssen berücksichtigen, wie der Versuch gemacht wurde, auch in der sowjetischen Besatzungszone eine demokratische Struktur aufzubauen. Es ist kein falscher Ansatz, wenn man darauf hinweist, daß der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946 für die beiden anderen politischen Kräfte, die es damals gab, eine Schwächung bedeutete. Das hat nichts damit zu tun, daß wir davon etwas wegwischen wollen. Im Gegenteil: Wir müssen natürlich hinzufügen, daß von Kurt Schumacher von der späteren Bundesrepublik, den damaligen drei Westzonen, aus versucht worden ist, den Zusammenschluß zu verhindern, daß es Hunderte und Tausende von SPD-Mitgliedern gab, die das nicht mitgemacht haben, die versucht haben, woanders Zuflucht zu finden. Aber umgekehrt gab es Tausende und Hunderttausende, die in die Einheit gegangen sind und damit die anderen Kräfte, die damals noch die Hoffnung hatten, ein demokratisches System zu schaffen, in ihren Bemühungen geschwächt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Auch das müssen wir in aller Ruhe untersuchen und uns damit auseinandersetzen.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Es gab keine Abstimmung darüber! Die sind unter Zwang hineingegangen!)

– Genau das ist der Punkt, wo die Untersuchungen ansetzen müssen. Man muß deutlich machen, wo der Ausgangspunkt war.

Es muß dann aber auch Klarheit darüber geben, daß das zu Entwicklungen führte, die es 1949 leichter machten, den DDR-SED-Staat in dieser Form zu bilden. Dazu gehört – das halte ich für ein ganz gewichtiges Kapitel –, daß man den Beginn der Freien Deutschen Jugend 1946 sehr sorgfältig untersucht. Denn machen wir uns nichts vor: Mit dieser Staatsjugend, die eingeführt wurde, wurde die Voraussetzung geschaffen, daß man über Jahrzehnte jungen Menschen das einimpfen konnte, was zumindest zum Dulden, zum Mittragen geführt hat, zum Glauben daran, daß es doch der richtige Weg sei. Man muß untersuchen, was es bedeutet hat, daß 1946, als die FDJ gegründet wurde, HJ-Führer pauschal übernommen wurden unter dem Motto: Entweder ihr macht mit, oder ihr geht in Haft. Warum sage ich das? Daß man daraus die Lehren für die Zukunft zieht und sichtbar macht, wo man bei Weichenstellungen aufpassen muß, die für die künftige Entwicklung vielleicht gefährlich sein könnten.

Das bedeutet doch, daß man das Erziehungssystem anpacken muß. Ein einzügiges, ein einheitliches Erziehungssystem birgt immer in sich, daß die Gefahr größer wird, daß Diktaturen Zugriff auf alle haben. Ein pluralistisches Erziehungssystem, wie wir es für richtig halten, hat eine größere Chance, solchen Gefahren zu wehren. Auch das als Erfahrungswert sichtbar zu machen scheint mir notwendig zu sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich gehe auch nicht darüber hinweg, daß man natürlich die Ministerpräsidentenkonferenz in München untersuchen muß: daß es damals Einwirkungen von außen gab, um manche Dinge, die man damals noch versucht hatte zu bewegen, nicht in die richtige Richtung zu bringen.

Wir war doch die Parole: Die Partei hat immer recht. Ganz nebenbei: Auch Parteitage haben nicht immer recht. Was will ich damit sagen? Es muß herausgearbeitet werden, daß in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat die Staatsgewalt nicht von einer einzelnen Gruppierung ausgeübt werden darf.

(Freimut Duve [SPD]: Das ist die Privatisierung des Staates!)

Hier muß es vielmehr eine Trennung geben. Ganz nebenbei: Daß es bei absoluten Mehrheiten auch in unserem Bereich manchmal Gefahren gibt,

ist nicht zu verschweigen. Das ist ein Thema, das man von beiden Seiten untersuchen muß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Freimut Duve [SPD]: Das mußte doch einmal gesagt werden!)

– Natürlich. Weil es zum Demokratieverständnis insgesamt gehört.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Die Legitimation der F.D.P.!)

Was ist aber auch notwendig? Wenn wir werten und bewerten wollen, warum manche Entwicklungen so gekommen sind, müssen wir auch sehen, daß der Versuch 1953, sich zu befreien, scheiterte, weil die Besatzungsmacht diesen Aufstand niederknüppelte, weil man von westlicher Seite enttäuscht wurde. Auch das gehört für mich zur Aufarbeitung:

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Richtig!)

daß 1956 das, was in Ungarn geschah, natürlich für die Vielzahl der Menschen, die anders dachten, den Eindruck erwecken mußte: Wir haben im Augenblick keine Chance, wir müssen uns einrichten; daß 1961 der Mauerbau natürlich dazu geführt hat, daß viele meinten: Nun liegt eine lange Zeit vor uns, und das, was mit der Fluchtbewegung von Hunderttausenden, ja Millionen, dem Abmarsch, geschehen ist, ist auch – ich sage das so offen, weil ich keine Legendenbildung haben will – mit Duldung des Westens geschehen. Da ist das Gespräch Chruschtschow-Kennedy in Wien, das man sehen muß – nicht, weil ich anklagen, weil ich andere beschuldigen will, sondern weil ich vermeiden will, daß morgen oder übermorgen der Eindruck entsteht, es wäre allein Sache der Deutschen gewesen, dies abzuschütteln. Vielmehr war es so, daß internationale Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, die dann danach dazu führten, daß auf einer anderen Ausgangsbasis versucht werden mußte, an die Lösung der Probleme heranzugehen. Das gehört mit dazu.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, 1968 die Niederschlagung der Reformbewegung in der CSSR unter Mitwirkung der Nationalen Volksarmee war doch wiederum ein Punkt, bei dem der Eindruck entstehen mußte, hier werde alles hingenommen. Ich erinnere mich noch sehr genau dieser Nacht, als es manche Sorge bei uns innerhalb der Bundesrepublik gab: Könnte dieser Einmarsch nicht vielleicht bedeuten, daß man über die Grenzen hinweggeht? Ich habe damals schon gesagt: Das ist klar geregelt. Hier gibt es die Einflußspähren. Ich wiederhole noch einmal: Ich will damit niemanden anklagen, ich will nur, daß die Aufarbeitung wirklich richtig geschieht und nicht einseitig bei einer Seite stehenbleibt.

(Beifall im ganzen Hause)

Dazu gehört natürlich auch, obwohl ich geneigt wäre, hier noch zu vielen Einzelpunkten Stellung zu nehmen – aber die Zeit läßt es nicht zu –, daß diejenigen, die nur einen besseren Sozialismus wollten – da haben wir

manches gehört –, offensichtlich bis heute nicht erkannt haben, daß das ganze System, seine ideologische Grundlage, falsch war und daß sie sich jetzt selbst prüfen müssen, ob sie nicht auf dieser falschen Grundlage entscheidend dazu beigetragen haben, daß wir heute diese Vergangenheit aufarbeiten müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wenn sich jemand davon nicht lösen kann, gut, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Ich verstehe, daß es manchen gibt,

(Abg. Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– kleinen Augenblick, lassen Sie mich noch einen Satz sagen; vielleicht hat es sich dann schon erledigt –, der sagt:

Mein Vater war Kommunist, er ist in der Nazi-Zeit verhaftet worden, ins Konzentrationslager gebracht worden, vielleicht sogar umgekommen oder hatte das Glück zurückzukommen, hat dann mit beim Aufbau gewirkt; ich bin als Kind dort erzogen worden; für mich war das die Welt, von der ich glaubte, daß dies auf Dauer das Richtige ist.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Das gab es!)

Da fällt es schwer, heute einzusehen, daß hier etwas zusammenbrach. – Ganz nebenbei: Das ist ja auch 1945 bei vielen geschehen, daß etwas zusammenbrach, von dem man glaubte, daß es richtig gewesen ist. Das hat doch nichts damit zu tun, daß man ein System verteidigt, sondern nur damit, daß man versucht, zu erforschen, zu erklären, zu erfassen, was die Hintergründe gewesen sind. Wenn man diese Aufgabe sieht, dann ist das ein wichtiger Punkt für die Aufarbeitung unserer Vergangenheit.

Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Eine Zwischenfrage.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Herr Mischnick, ist stimme vielem von dem zu, was Sie gesagt haben. Aber meinen Sie, daß die Art, wie hier zum Teil gehandelt und gerufen wird, z. B. bei meiner Rede, ermöglicht, einen vernünftigen Dialog mit denen zu führen, die für einen demokratischen Sozialismus waren und, was ich von mir sagen muß, auch noch sind?

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Herr Kollege Heuer, für mich ist es schwer, etwas dazu zu sagen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich mich immer um einen fairen Umgang bemüht habe. Aber ich verstehe nicht, wenn heute nicht endlich die Einsicht besteht, daß es nicht einzelne Personen oder Persönlichkeiten waren, die diesen Staat DDR, wie Sie es genannt haben, ins Verderben geführt haben, sondern daß es das System war, das dort bestand. Da hätte sein können, wer wollte, es wäre zugrunde gegangen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Da habe ich das Gefühl, daß Sie noch nicht soweit sind, dies einzusehen. Das ist das Problem.

(Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Bitte.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Meinen Sie, daß die Art des Umgangs mit mir und meinesgleichen heute und auch mit den Wissenschaftlern in Ostdeutschland wirklich in der Lage ist, uns bzw. sie von den Vorzügen des neuen Systems zu überzeugen?

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Das hängt natürlich sehr oft davon ab, wie der Umgang mit den Andersdenkenden von deren und von Ihrer Seite her erfolgt. Es ist doch häufig so, daß es aus dem Wald so wieder herausschallt, wie man es hineingeschrien hat. Das ist ein Gesichtspunkt. Daß Sie heute schon wieder gesagt haben, der Kapitalismus sei nun eigentlich eine ganz schlimme Geschichte und wir hätten uns überhaupt nicht mit der Nazi-Vergangenheit auseinandergesetzt, das ist doch ein Punkt, der einfach nicht richtig ist. Wenn Sie das nicht lernen, wird natürlich die Gefahr immer wieder groß sein, daß man sich so auseinandersetzt, wie es eben geschehen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur noch zu einem Bereich ein paar kurze Bemerkungen machen. Wir sind jetzt dabei, die Tätigkeit der Stasi z. B. mit Akteneinsicht, verbunden mit der Verbreitung von Schuld, Mitwirkung usw., aufzuarbeiten. Ich habe die große Sorge, daß die berechtigten Interessen derjenigen, die als Opfer Einblick haben, und die berechtigten Interessen derjenigen, die als Dritte, nicht als Täter, beteiligt sein können, nicht immer ganz auseinandergehalten werden, so daß man da sehr aufpassen muß.

Ein zweites: Wissen Sie, der Vater oder die Mutter, die dem Kind ersparen wollten, Schwierigkeiten bei der Berufswahl zu haben, und sich dann zu irgend etwas entschieden haben, ohne daß sie straffällig geworden sind, sind für mich anders zu beurteilen als diejenigen, die vielleicht formal nirgendwo beteiligt gewesen sind, aber heute plötzlich so tun, als seien sie allein die Besseren gewesen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Mann, der zwar in dem System verhaftet war, z. B. – was weiß ich – als Wachtmeister oder Feldwebel der Volkspolizei, dem plötzlich wegen Westkontakten, die von ihm gemeldet worden waren, gesagt wird: Du mußt dich jetzt entscheiden: Scheidung oder raus aus dem Beruf, der sich für das Herausgehen aus dem Beruf entscheidet und dem heute vielleicht gesagt wird:

Auch du warst ja bei der Volkspolizei, obwohl das schon sechs oder sieben Jahre her ist, dieser Mann kann mutiger gewesen sein als mancher anderer, der sich nie geäußert hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will die Differenzierung. Das gilt für Künstler, das gilt für Sportler usw.

Es ist mehrfach gesagt worden – auch ich will es erwähnen, damit man nicht meint, ich denke nicht daran -: Die Anordnenden, die Netzauswerfer, die Bedrohenden, das sind doch die wirklichen Täter. Um diese muß man sich mehr kümmern als um diejenigen, die hineingeschlüpft, hineingeschlittert sind oder mißbraucht worden sind. Hier anzusetzen, das wird eine ganz entscheidende Aufgabe sein.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß sagen: Wenn es hilft, der Selbstgerechtigkeit mancher, vielleicht vieler in ganz Deutschland – das sage ich ausdrücklich – mit der Arbeit der geplanten Enquete-Kommission zu begegnen, dann wird sie in der vor uns liegenden Zeit nicht nur einen Sinn haben, sondern uns weiterhelfen. Denn die Selbstgerechtigkeit derer, die nichts davon durchlitten haben, ist schlimmer als manches, was man heute als Tat verfolgt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE – Beifall bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Rolf Schwanitz das Wort.

Rolf Schwanitz (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man soll bei einem solch diffizilen und ausführlich behandelten Debattenthema eigentlich keine Noten verteilen. Ich will aber auf jeden Fall sagen, daß nach den vielen Zwischentönen der Redebeiträge von Kollegen Mischnick und Herrn Eggert bei mir der Mut, daß wir auch schaffen, was wir uns vorgenommen haben, wieder ein wenig größer ist. Dafür will ich an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich kann es mir nicht ersparen, ein Wort zu dem zu sagen, was Kollege Dr. Heuer in seiner Rede ausgeführt hat. Ich möchte hier nur auf einen Satz eingehen, weil er mir einfach wehtut. Wenn ich es richtig verstanden habe, Kollege Heuer, haben Sie gesagt, die Menschen in der DDR hätten die DDR weiter gewollt. Dazu muß ich ganz einfach sagen: Ich komme zu einer vollkommen anderen Einschätzung der damaligen Situation in den Jahren 1989/90. Man muß sich an das erinnern, was damals auf den Straßen vor sich ging. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Unterschriftenaktion „Für unser Land“. Ich erinnere daran, wie wenig Resonanz diese Aktion fand